

Udo Ehrich

# Politikverflechtung im deutschen Föderalismus



Udo Ehrich studierte Politikwissenschaften an der Universität Bielefeld und untersuchte in seiner Master-Arbeit die interessengebundene Ideenagentur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Zu diesem Thema verfaßte er auch das Buch »INSM & Co.«.

<http://www.politikfelder.de/>

# Inhalt

Einführung

Kurzzusammenfassung

1. Einleitung
  2. Der Föderalismus in Deutschland
  3. Die Theorie der Politikverflechtung
    - 3.1. Politikverflechtung
    - 3.2. Die Politikverflechtungsfälle
  4. Reformvorschläge der Bertelsmann-Stiftung
  5. Der Einfluß der Politikverflechtungstheorie auf die Reformvorschläge der Bertelsmann-Stiftung
  6. Weitere Sichtweisen auf den Reformbedarf des Föderalismus
  7. Fazit
- Literaturverzeichnis

## **Einführung**

Die vorliegende Seminararbeit »Politikverflechtung im deutschen Föderalismus« wurde im Jahr 2004 verfaßt, also bevor die Föderalismuskommissionen ihre Hand an das politische System legten. Seinerzeit verlief die Debatte in die Richtung, daß es mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern geben sollte und das Ziel der einheitlichen Lebensverhältnisse eher ein Hindernis für die Effizienz des politischen Systems bedeutete. Im Wettbewerb zwischen den Bundesländern sollten die besten politischen Lösungen für verschiedene Fragen gefunden werden. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sollten klar erkennbar sein, so daß die Wähler/innen ihre Regierungen an den Wahlurnen entsprechend belohnen oder bestrafen konnten.

Neben der Politik setzten sich auch lobbyistische Akteure wie der Konvent für Deutschland für eine Reform des Föderalismus ein, der von ehemaligen Politiker und Wirtschaftsfunktionären gegründet und von Wirtschaftsunternehmen finanziert wurde.<sup>1</sup> Die Trennung der Zuständigkeiten sollte nach Meinung nicht nur des Konvents beinhalten, daß die Abstimmungsregeln im Bundesrat geändert werden sollten, der als Blockadeinstrument der jeweiligen Opposition im Bundestag gesehen wurde, wenn diese über eine Mehrheit im Bundesrat verfügte.

Tatsächlich war es zwingend notwendig, daß der Bundesrat als Instrument der vertikalen Gewaltenteilung eine wirksame Blockadedrohung formulieren und die Blockade auch durchsetzen konnte, weil es ansonsten an der für die